

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

1 (2.1.1931)

Unterm Schicksalshammer

4 Karlsruhe, 2. Januar 1931.

Die erste Zeitungsbotschaft des neuen Jahres fällt mit der Erinnerung an den 10. Todestag des kaiserlichen Reichskanzlers v. Bethmann-Hollweg zusammen. Eine Erinnerung, die deshalb so bedeutungsvoll für unsere Zeit ist, weil die Persönlichkeit des am 2. Januar 1921 verstorbenen Kriegskanzlers stark an Erscheinungen mahnt, die schicksalhaft auch unsere Politik bestimmen. Zweifellos war Bethmann-Hollweg persönlich ein Ehrenmann, der das Beste für das deutsche Volk im Auge hatte. Ebenso unzweifelhaft fügte er sich jedoch in der Vorkriegszeit widerstandslos in die borkursche Linie ein, ließ sich in den verhängnisvollen Hochsommerwochen des Jahres 1914 von den militärischen Kräften willenslos in die Katastrophe führen, um dann im Kriege als Bräutchen zwischen widerstrebenden Mächten hin und her zu treiben. Die juchharen Folgen der von ihm durchgeführten Politik für Deutschland wohl vorausahnend und sie unter dem Druck einer alldeutsch-militaristischen Clique trotzdem beschreiten, das ist das tragische Schicksal des deutschen Kanzlers, unter dem Deutschland in den Krieg stolperte. Wer vom Nationalismus träumt, stirbt daran; das sollte Bethmann-Hollweg erfahren und mit ihm erlitten es das deutsche Volk.

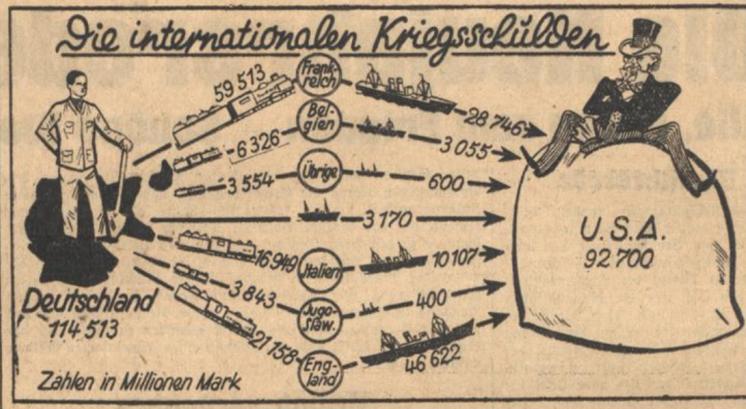
Bethmann-Hollweg ist nun zehn Jahre tot. Zwölf Jahre sind verflossen seit Kriegsende. Sedzeheninhalb Jahre fast seit Kriegsbeginn. Hat die Welt, hat das deutsche Volk, haben die verantwortlichen Staatsmänner viel daraus gelernt? Was aus den Friedensschameln des sicherlich gut meinenten Gelehrten Wilson auf dem Präsidentenstuhl der U.S.A. geworden ist, zeigt am besten die Tatsache, daß sein Land heute noch nicht dem von ihm gegründeten Völkerbund, der immer mehr zur Fassade wird, beigetreten ist, daß die Vereinigten Staaten im Gegensatz zu früher heute in vollem Ausmaß an dem Rüstungswettbewerb teilnehmen, der die ganze Welt mit Ausnahme des aufgrund des Versailles Vertrages zur Abrüstung „verurteilten“ Deutschland erfüllt. Was das deutsche Volk aus der Katastrophe des Weltkrieges gelernt hat, lehnen die Wahlen vom 14. September 1930, die infolgedessen eine Variation gegenüber der Vorkriegszeit aufweisen, als bis zum 9. November 1918 die kaiserliche Politik für das Schicksal Deutschlands verantwortlich gemacht werden konnte, heute jedoch starke Schichten des deutschen Volkes es sind, die eine gefährliche Abenteuerpolitik mit Jahrmarktsgeschrei propagieren, wobei sich ihnen weiteste Kreise aus verschiedensten Lagerungen des deutschen Bürgertums anschließen, die heute in ähnlicher Weise gegen die eine Politik der Vernunft fordernde Sozialdemokratie losdonnern wie Juli 1914, als man die Feindesheere sozialdemokratischer Büros einschlug, weil die Sozialdemokratie bis zur letzten Stunde den Krieg zu verhindern suchte. Was die Staatsmänner und führenden Persönlichkeiten aus dem Weltkrieg gelernt haben, zeigen in Italien die kriegspropagierenden Fanatiker Mussolini, lassen in Deutschland die gelegentlichen Rundgebungen einstiger Heerführer erkennen, verraten die Promoniamementos jener Persönlichkeiten aus dem politischen Lager des deutschen Nationalismus, die glauben, in naher Zeit bejagt zu sein, als amtliche Rufer im Streite zu sprechen. Die Reichsregierung jedoch zwischen den Strömungen hin und her gerissen, treibt „Traditionspolitik“ wie immer Politik der Tradition betrieben wurde: Bethmann-Hollweg-Politik ist auch heute noch die Devise des stets von unterirdischen Kräften bestimmten amtlichen Deutschland.

Aus dieser „Tradition“ sind wir in die heutige Situation hineingekommen, in der zwar eine „Regierung der Mitte“ die Geschäfte führt, in Wirklichkeit jedoch immer mehr die Gefahr auftritt, daß die Reichsregierung — mögen nun die Nationalsozialisten außerhalb der Verantwortung bleiben oder sie ihre Vertrauensmänner in die Reichsregierung schicken — dem Nationalsozialismus dadurch den Wind aus den Segeln zu nehmen sucht, daß sie selbst eine Politik treibt, die nur un schwer von einem reaktionär-nationalistischen Kurs zu unterscheiden ist. Der „Vergleich“ zwischen Reich und Thüringen ist für das Kräfteverhältnis in der Innenpolitik, das Verbot des Remarquedfilms „Im Westen nichts Neues“ ist für die Gestaltwandlung der Betrachtung der Vergangenheit und damit für die Außenpolitik ein Omen, das düster in die Zukunft blickt läßt. Wie die Geschlechter der Apokalypse verheert die Wirtschaftskrise das geistige Antlitz des Volkes. Ob jedoch ein Neuaufbau von uneingeschränktem U-Bootkrieg, umgekössen in die Kampfmittel unserer Tage, oder ein gegenwärtiger Situation angepaßter Ruhrkrieg, ein Mittel ist, eine die ganze Welt erschütternde Wirtschaftskrise für Deutschland „national“ zu lösen — schade, daß nicht Bethmann-Hollweg aus dem Grabe heraus aufgrund seiner Erfahrungen sich hierzu äußern kann.

Was das deutsche Volk will und braucht, das ist Erleichterung und Senkung seiner schweren Reparationslasten, das ist die Möglichkeit, im politischen wirtschaftlichen Wettbewerb der Völker unter gleichen Voraussetzungen wie alle Staaten teilnehmen zu können. Der Lebenswille eines großen Volkes bedarf der Anerkennung und Berücksichtigung und jeder einsichtige Betrachter auch aus den Reihen der uns im Krieg feindlich gegenüber gestandenen Völker wird Deutschland dieses Recht zubilligen müssen. Diese berechtigten Forderungen des deutschen Volkes werden jedoch nur in zähen Ringen mit den friedlichen Mitteln der Völkerverständigung und gestützt auf den Glauben des deutschen Volkes an seine Zukunft im Rahmen einer solidarischen Welt durchgesetzt werden können. Aus einer chauvinistisch aufgepeitschten, nationalistisch überschäumenden Leidenschaft wird jedoch keine Gelundung, reißt nirgends die Erkenntnis gemeinsamer Abwehr der Welt gegenüber dem Gespenst der Wirtschaftskrise und drohender Kriegsgefahren. Uberschwängliche Ausputzung nationaler Stimmungen hat noch nie zu Gutem geführt, wie immer auch die Rufer heißen mögen. Und die Stimmung in Deutschland hat bereits einen solchen Grad erreicht, daß ein außenpolitisch geschulter national sicherlich durch und durch zuverlässiger Mann, der deutsch-nationale Professor Dr. Otto Hoesch, mahnend erklären muß: „Jeder, der außenpolitische Verantwortung fühlt, hat die doppelte und dreifache Pflicht, abzuwägen und zurück zu weisen, was lediglich im Geiste und in der Geste eine außenpolitische Aktion sieht und die tatsächliche Aktion nur fördert; denn die Schwerkriegsleitende, die vor der nun notwendigen außenpolitischen Aktivität Deutschlands heute stehen, sind ungenügend: Sie sind viel größer als das Durchschnittsmaß der Welt überhaupt sieht.“ Diese Mahnung ist deutsch und bedarf umso eindringlicher Beherzigung als sie von einer Persönlichkeit stammt, die zeitweilig im Lager der „nationalen Sammlung“ stand. Schon einmal ist Deutschland in einen Krieg hineingestolpert, ohne zu wissen wie Damals war das kleine Serbien die Zündschnur. Soll jetzt für einen überglühenden Nationalismus das nach mussolini-

scher Art vom Pilsudski-Faschismus terrorisierte Polen die Rolle des Lucifer spielen, damit in kommender Götterdämmerung Russland seine gewaltige Sinfonie abrollen lassen kann — anders allerdings als sich heute die kleinen Bürger und die großen Halbgötter des Nationalismus träumen lassen? Immer mehr ziehen die herrschenden Geister der Kriegszeit ins Schattenreich. Ob auch die Grundlage ihres politischen Wirkens, die völkerverzerrende Ratter des Nationalismus? Die viel apostrophierte junge Generation ist es, welche die Antwort darauf zu geben hat. In dieses Antwort steht für Frankreich und für Deutschland kommendes Schicksal. Drohend steht das Menetekel 1914 bis 1918 vor der Welt. Allzu willig lauschen verheerte Nationen nationalistischen Volksführern, lassen sich dazu benutzen, mitzutun, daß im Film dem deutschen Volke die Wahrheit über die grauliche Frage des Weltkrieges vorenthalten wird und eine schwache Regierung beugt sich dem Diktat eines verhängnisvollen Nationalismus. Dem durch die Wirtschaftskrise ausgehungerten deutschen Volk steht begreiflicherweise heute die Innenpolitik im Vordergrund. In Wirklichkeit wird jedoch in diesen Tagen in Weiskalshöhe kommen des außenpolitischen Schicksals gehämmert. Schon einmal sind wir in eine Katastrophe „hineingestolpert“. Wieder einmal ist nation-

alistischer Eifer im Begriff, wahrhaft nationales Bewußtsein zu zerbrechen. Was 1914 Serbien, droht heute Polen zu werden. Mit Kleinem fängt es an, mit Großem hört es auf. Daß Briand heute noch in Frankreich außenpolitisch führt, verrät friedliche Neigung und europäisches Ziel unseres westlichen Nachbarlandes. Wird man bei uns in Deutschland dies verstehen und unsere nur zu berechtigten Wünsche an die Welt in eine Form hüllen, die klar und eindeutig dem Wunsch nach friedlicher Fortentwicklung und gemeinsamen Aufbaues aus schwerer politischer und wirtschaftlicher Krise des deutschen Volkes erkennen läßt? Oder soll in Frankreich der Geist des toten Clemenceau und des schwerertranten Poincaré durch „weiße Mäuse“ neu galvanisiert werden? Niobgleich verhängt der Nationalismus seine eigenen Kinder. Will Deutschland romantischen Abirungen in liebe klassische Schicksalstragödie mit tödlichem Ausgang spielen oder will es in klarer Erkenntnis dessen, was dem deutschen Volk frommt, im Bunde mit der ganzen Welt an der Heilung der schweren Wunden mithelfen, die eine allüberall nationalistisch verzerrte kapitalistische Welt allen Völkern der so reich mit Gütern gelegenen Erde schlug? Das ist die Frage, deren Beantwortung das Jahr 1931 fordert.



Kommt ein Weltmoratorium?

Die internationalen Kriegsschulden der Welt

Unsere Darstellung zeigt die Kriegsschuld Deutschlands an die Siegerstaaten laut dem Youngplan, sowie die Kriegsschuld der Siegerstaaten an Amerika laut dem Youngplan. Die ungeheuren Summen sind von allen Staaten innerhalb der nächsten 58 bzw. 60 Jahre abzutragen. Von den 115 Milliarden, die Deutschland aufzubringen hat, fließen direkt oder indirekt 80 Milliarden an die Vereinigten Staaten. So ist es also klar, daß die Möglichkeit des Moratoriums nur von Amerika abhängt.

Blutige Silvesternacht

GA. Berlin, 1. Jan. Wie gewöhnlich ist es auch Silvester 1930 und in der Neujahrsnacht wieder zu zahlreichen Zusammenkünften, teils in Folge übermäßigen Alkoholgenusses, teils wegen politischer Meinungsverschiedenheiten, gekommen. Auch eine Reihe von Straftatenfällen meldet der Polizeibericht, wie auch Selbstmorde und Selbstmordversuche.

So wurden gegen 1 Uhr nachts etwa 15 Mitglieder eines Radfahrerklubs von Nationalsozialisten angegriffen. Dabei wurden vier Personen verletzt, sechs Personen wurden festgenommen.

Am Bahnhof Lichterfelde wurde ein Reichswehrsoldat bei einer Schlägerei von einem bisher noch unbekanntem Täter durch Schüsse über den Kopf schwer verletzt.

In der Chausseestraße in Britz kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Reichsbannermitgliedern und politisch Andersgesinnten. Bei einer Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten in der Osnaabrüder Straße wurden drei als Täter bezeichnete Kommunisten und ein Nationalsozialist zwangsgestell.

Nationalsozialisten erschlagen 2 Reichsbannerleute

Berlin, 2. Jan. (Fundbüro). In Berlin wurden in der Silvesternacht zwei Reichsbannerleute von einem Nationalsozialisten erschlagen. In der Sulelandstraße im Osten Berlins feierten in zwei nebeneinanderliegenden Häusern Reichsbannerleute und Nationalsozialisten Silvester. Als früh gegen 4 Uhr einige Teilnehmer der beiden Parteien auf die Straße gingen, kam es zu einer Schlägerei, die zunächst ohne ernsthafte Folgen blieb, später aber einen tragischen Ausgang nahm. Als die Streitenden sich bereits getrennt hatten, schrie ein bis jetzt noch unbekannter Nationalsozialist zurück und betrat das Zigarrengeschäft Schneider, wo die Reichsbannerleute ihr Quartier hatten. Der Nationalist zog ohne irgendwelche Bedrohung zu sein, plötzlich seine Pistole und feuerte mehrere Schüsse ab. Ein Schuß traf den 23 Jahre alten Willi Schneider, Sulelandstraße 31 in den Leib, ein zweiter einen 29 Jahre alten Bankbeamten Herbert Graf, Sulelandstraße 35, in den Kopf. Die beiden Verletzten starben sofort nach ihrer Einlieferung in das Krankenhaus Friedrichshagen. Bis jetzt haben die Fahndungen der Polizei nach dem Mörder noch zu keinem Ergebnis geführt.

Einigung zwischen Ersparnissen und Jahrgangsverband

GA. Berlin, 31. Dez. Der seit dem 1. April bestehende vertragslose Zustand zwischen dem Verband kaufmännischer Berufskrankenkassen (Ersparnisse), Sitz Hamburg, und dem Jahrgangsverband der Bahnarbeiter Deutschlands, Sitz Berlin, findet, wie die Völkische Zeitung berichtet, mit dem heutigen 31. Dezember sein Ende. Die Parteien haben einen neuen Kollektivvertrag abgeschlossen.

Der Nachfolger Dr. Davids im Reichstag

Anstelle des verstorbenen Abgeordneten Gen. Dr. David tritt der Gewerkschaftsbeamte Gen. Wilhelm Weber aus Offenbach a. M. (SPD.) in den Reichstag ein.

Massenkonkurs in Mailand

Rom, 31. Dez. (Eia. Drahtb.). In Mailand kam es am Mittwoch an der Börse bei der Ultimo-Regulierung zu dem seltenen Fall, daß auf einmal eine ganze Gruppe von Wäskern mit einer Reihe von Millionen Lire in Konkurs erklärt wurden. Auch einzelne Verhaftungen sollen vorzunehmen sein. Der Konkurs der Gruppe von etwa 12 Wäskern ist für die italienische Wirtschaftslage insofern von Bedeutung, als die Wäskern im Auftrag der bekannten Großbank Credito Italiano ihre Aktien abhandelt haben sollen. Das ist eine Bank, die über etwa 250 Millionen Lire Kapital verfügt. Es wird deshalb in Bankkreisen davon gesprochen, daß die Staatsbank mit einer Sühnungsaktion werde eingreifen müssen, zumal da der Konkurs noch weitere Kreise ziehe.

Explosionsunglück bei einer Silvesterverfeier

Dortmund, 1. Jan. In einem Schreibwarengeschäft explodierte während der Silvesterverfeier, die in einem Zimmer hinter dem Laden stattfand, ein arthärer Borax aus Feuerwerkskörpern. Sieben Personen wurden verletzt, davon zwei lebensgefährlich. Das Innere der beiden Räume wurde vollkommen zerstört.

Freistaat Baden Verbot sog. Marschübungen

Amlich wird mitgeteilt: Es liegt Veranlassung vor, auf die Bekanntmachung des Ministers des Innern vom 21. Oktober 1930 — Karlsruhe Zeitung, Staatsanzeiger vom 21. Oktober 1930, Nr. 245 — hinzuweisen, wonach auf Grund des Artikels 123, Abs. 2, der Reichsverfassung alle Abmachungen und Verabredungen unter freiem Himmel verboten sind. Darunter fallen, wie von zuständiger Seite bemerkt wird, auch die sogenannten Sportmärsche, Marschübungen und ähnlichen Veranstaltungen von politischen Verbänden.

Erfundene Verleumdung Ein Musterbeispiel der republikfeindlichen Hege

Bruchal, 31. Dez. In einer Privatkonferenz des Reichstagsministers a. D. Köhler, gegen den Maurer Josef Schwarz jr. in Minalshelm kam ein Vergleich zustande, dessen § 1 wie folgt lautet:

„Der Privatbesitzer Josef Schwarz jr., Maurer in Minalshelm, gibt folgende Erklärung ab: „Am Montag, den 1. September 1930 habe ich im Hotel Ries in Minalshelm über den Privatfänger Herrn Reichstagsminister a. D. Dr. Heinrich Köhler folgendes behauptet: Dr. Köhler hat gestern abend gelogen, wenn ich gewollt hätte, ich hätte ihn hinstellen können. Meine Frau hat eine Schwester und die kann besorgen, daß Köhler ein Haus hat in Freiburg und eines in Neckargemünd. In Neckargemünd hängt eine Tafel am Haus mit der Aufschrift: „Willo des Reichstagsministers a. D. Dr. Heinrich Köhler“. Meine Schwägerin war im Dienst bei Dr. Köhler; die weiß es ganz genau. Diese meine Behauptungen sind von mir frei erfunden; ich nehme sie mit dem Ausdruck des größten Bedauerns zurück.“

Neujahrsglückwunsch des Innenministers an die Polizei

Der badische Innenminister hat anlässlich des Jahreswechsels an Polizei und Gendarmerie folgenden Erlaß gerichtet: Den Führern und Beamten der badischen Polizei und Gendarmerie spreche ich für treue Pflichterfüllung im vergangenen dienstlich für sie besonders schweren Jahre meinen Dank aus und verbinde damit die besten Glückwünsche für das kommende Jahr. Ich bin der sicheren Ermutung und festen Überzeugung, daß auch in Zukunft Regierung und Bevölkerung sich auf den höchsten Sicherheitsdienst verlassen können. Treue um Treue! Gen. Wittmann, Staatspräsident und Innenminister.

Kapitalabfindung für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene

Der Staatsanzeiger teilt mit: Die unzulängliche Finanzlage des Reiches läßt die Bewilligung von Kapitalabfindungen für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene im laufenden Rechnungsjahr nicht mehr zu. Ob und in welchem Umfang künftig Mittel für die Kapitalabfindung bereitgestellt werden können, kann zur Zeit nicht übersehen werden. Es muß daher dringend darauf gewirkt werden, Beträge über Erwerb von Grundstücken oder Errichtung von Häusern abzuschließen in der Annahme, daß die Bewilligung der Kapitalabfindung in späterer Zeit möglich sein wird. Solche vorzeitigen Maßnahmen können eine schwere Schädigung und unter Umständen eine Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz der betreffenden Rentnempänger zur Folge haben. Es kann nicht damit gerechnet werden, daß die aus solchen vorzeitig abgeschlossenen Beträgen entfallenden Schwereffekten durch bezugsweise Bewilligung einer Abfindung zum Nachteil der Rentnempänger, die den Bestimmungen gemäß sich vor der Bewilligung der Kapitalabfindung nicht vertraglich abgeben haben, oder aus sonstigen öffentlichen Mitteln behoben werden könnten.

Gemeindepolitik

Die Oppenauer Arbeitslosen-Weihnachtsgabe

Oppenau, 25. Dez. Man schreibt uns: Wie in anderen Gemeinden, so gibt es hier auch eine große Anzahl Arbeitsloser, und unter ihnen viele, die infolge der Unlust der wirtschaftlichen Lage schon längere Zeit ohne Arbeit und Erwerb sind. Es ist wohl ein Unterschied zwischen den Arbeitslosen der Städte und denen der Gemeinden. Der Städter hat, solange er noch in Arbeit steht, eine höhere Entlohnung, daher auch eine höhere Einkunft in der Beitragsklasse und daraus dann bei Arbeitslosigkeit höhere Unterstützung. Man sagt wohl, der Arbeiter auf dem Lande lebt billiger. Dies ist eine Ansicht, die wahr und falsch ist. Für seine lebenswichtigen Artikel wie Brot, Fleisch, Hülsenfrüchte, ja auch zum Teil für Obst, besonders für Erdbeeren, sowie für sämtliche Kleidungsstücke bezahlt der Arbeiter fast, mitunter noch mehr, als der Arbeiter in der Stadt, denn die Genossenschaften der Kommunen sind mehr oder weniger in der Lage, die Preise zu dämpfen, wodurch die anderen Geschäfte sich die Preise untereinander halten können. Besonders hier in Oppenau, wo kein Kaufmann und kein großes Geschäft wie Farnkuch und dergleichen besteht, hat man in verschiedenen Geschäften und Lokalen noch kein Verständnis für die Not in den arbeitslosen Familien, und man begegnet oft traurigen Anempfehlungen von Seiten der Geschäftswelt wie zum Beispiel: „Den Arbeitslosen geht es besser als uns, schaut sie nur mal an“ oder, wenn die Kinder der Arbeitslosen in den Läden kommen und man ihnen vorhält, die Eltern sollen besser sparen, oder man soll ihnen gar nichts, wenn wenig Fennige fehlen. Wenn diese Leute in die arbeitslosen Familien schauen würden, dann würden sie nicht mit ihnen tauschen und sie würden sich fragen, wo es denn die Leute noch sparen sollen! So hatte hier ein ausgebreiteter Familienrat sein Kind zu einem Kaufmann geschickt, um Zucker zu holen. Das Kind bekam den Zucker, aber von dem 3 M, welche das Kind mitbrachte, erhielt es nichts mehr zurück, sondern der Kaufmann jagte in barockem Ton: „Geld bekommt Du feins mehr, denn das, was noch steht, macht etwas mehr wie 3 M. Ihr müßt halt besser sparen, wir müssen auch sparen.“ Das Kind antwortete, was daheim folgte und begann jämmerlich zu weinen. In dieses Verhalten nicht die Höhe der Rücksichtlosigkeit? Anstatt dem Kinde eventuell 1 M. von den 3 M. wegzubehalten, nimmt man alles, und laßt noch, man soll besser sparen. Das geschah vor dem Weihnachtsabend, wo doch alles fröhlich, „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“. Wie hoch bei einer ausgesteuerten Familie 3 M. bewertet werden, daß weiß jeder, der schon arbeitslos war, oder in solche Familien hineinschaute. Dies war aber nur ein Fall von vielen, die hier vorkommen. Die Arbeiter sind nicht schuld, daß sie ohne Arbeit sind! Da sollte man doch etwas mehr Verständnis für ihre Lage haben.

Wie wenig Verständnis der Arbeitslosen von Ratshaus entgegengebracht wird, sieht man auch darin: bei den Kommunalsteuern, die die Gemeinde in 10 M. den Arbeitslosen, besonders den Ausgesteuerten, hat man nichts gegeben. Das kommt eben daher, weil die meisten Gemeindevorsteher mehr Gefühl für den Kreis, als für die arbeitslosen Familien haben. Trotzdem ist man vielleicht schon etwas besorgt um die kleine Unterstützung, die man der immer größer werdenden Zahl der Ausgesteuerten geben muß. Es wäre schon längst höchste Aufgabe der Gemeindevorstellungsgemein, Arbeitslosigkeit für die Arbeitslosen zu beschaffen. Manche, ja sogar viele Gemeinden haben Darlehen aufnehmen müssen. Auch Oppenau würde dies tun können, denn es würde so etwas für die Gemeinde geleistet und das Geld wäre sicher angelegt. Es sei nur an Arbeiten, die vollständige Kanalisierung der Oberstadt, Ausbau der Lindenstraße, Kultivierung von Brachflächen, dem Gelände an der Rhein, Weidenweg usw. die Umgestaltung des unteren Stadtparks, wo es noch Beiträge aus der produktiven Bürgerzone gibt, erinnert.

Auch könnte die Gemeindevorstellung einmal dem Gedanken der Erbauung einer Turn- und Spielhalle näher treten, was für eine solche große Gemeinde notwendig ist. Für solche Projekte gibt es noch hohen Staatszuschuß und es ist doch besser, wenn die Jugend in der Schule einen Turnunterricht an Geräten und in richtigem Raum erhält, als daß man sie dem Verein überläßt, der doch selber nicht die ganze Jugend erziehen kann, und dann ist es nicht jedermanns Sache, seine Kinder in einen bürgerlichen Verein mit seinen militärischen Anhängeln zur Erziehung und körperlichen Bewandlung zu schicken. Hier könnte man ein Werk vollbringen, das der Gemeinde von hohem Nutzen wäre, denn die Gesundheit der Jugend muß ebenso wie die Freizeitanwendung des Kurbertriebs Aufgabe der Gemeinde sein. Der gesamte Gemeinderat wird sich dieser Aufgabe nicht verschließen können. Auch die Bürgervereine hätte in ihrem Wahlvertrauen „zum Wohle der Allgemeinheit“.

Es wäre zu wünschen, daß die Gemeindevorstellung endlich für die Arbeitslosen etwas tut, denn wenn man sie am Weihnachtsabend, wo sie wieder mal zwei Stunden auf die Aussenbahn warten müssen, sah, so konnte man aus ihren Augen lesen, daß sie wenig Hoffnung auf Besserung in der Zukunft hatten. Man hat es bis jetzt noch nicht auf dem Ratshaus fertig gebracht, eine Verdienstmöglichkeit für sie zu schaffen.

Gemeinderatsbeschlüsse

Oberkirch
Nachdem die Gemeinderatswahl am 15. Dezember 1930 von der Staatsaufsichtsbehörde (Bezirksamt) für gültig erklärt wurde (§ 41 Abs. 3 der GO.) konnte vor der Sitzung die Verpflichtung der neu eintretenden Gemeinderäte vorgenommen werden. Mit der Verpflichtung erfolgte die Ansetzung des Gemeinderatsamtes.

Vor Beginn der Gemeinderatsitzung begrüßte der Vorsitzende den neuen Gemeinderat recht herzlich, lud die Mitglieder ein, die übernommenen Verpflichtungen treu und gewissenhaft zum Wohle der Stadt Oberkirch zu erfüllen und wies sie auf einige gesetzliche Bestimmungen hin, insbesondere auf § 51 Abs. 4 der Gemeindeordnung, der lautet: „Die Mitglieder des Gemeinderats sind an die Beschlüsse gebunden; nur das Wohl der Gemeinde und der Einwohner steht nach Maßgabe ihrer freien Überzeugung dem Gemeinderat vor.“

Die Gemeinderatsmitglieder sind somit Vertreter der ganzen Bürgererschaft, nicht Vertreter eines Berufes, eines Standes, also nicht nur des Kreises, der sie gewählt habe. Den ausgeübten Gemeinderatsmitgliedern wurden Dankesworte gesendet.

Zum Bürgermeisterstellvertreter wurde Herr Gemeinderat Kaeber bestimmt. — Da einige Gemeindevorordnete bei der Gemeinderatswahl am 15. Dezember ds. Js. zum Gemeindevorstand und § 48 der Gemeindeordnung die nächsten der betreffenden Wahlberechtigten anstehenden Bewerber nach ihm treten in das Gemeindevorordnetenkollegium ein. Für die in dem Gemeindevorstand gewählten Herren Kocher, Springmann, Leopold, Vogt, Heiler, Reiff, Lind (vereintigte Bürgerliste), Demuth, Schardt, Fähr (Nat. Soz. D. Arb. Partei), Rudol und Scherer (Soz. Partei) kommen nunmehr folgende Herren in das Gemeindevorordnetenkollegium: Oberbürgermeister Wilhelm Haas, Bürgermeister Wilhelm, Bülow, Rechtsanwält Georg Schweizer, Schneidermeister Karl Wagner, Heizer Josef Zimmermann, Landwirt Karl Bähr, Metzler Fritz Diller (vereintigte Bürgerliste), Schneider Max Glaser, Schneider Karl Reich, Fabrikant Wilhelm Köhler jun. (Nat. Soz. D. Arb. P.), Hilfsarbeiter Franz Ester, Buchbindermeister Gulasch (Soz. P.). Der Gemeinderat nimmt nun der Zweck eine von den verschiedenen Parteien zusammengesetzten Kommission vorzunehmen, die die Verteilung von Weihnachtsgaben in Form von Naturalien an die Arbeitslosen und sonst bedürftigen Familien kenntnis. Die Geschäftsliste werden abgeben, die Rechnung mit den Quittungen alsbald beim Bürgermeisteramt einreichen. — Der Bürgermeister und die Anwesenden haben die Erlaubnis abzugeben, daß sie mit einer Geschäftsliste, wie solche bei

Europäische Gefahrenquellen

Frankreichs Militärbündnisse - Der Faschismus

G. Sch. Der Vorschlag des belgischen Sozialistenführers Vandervelde, Belgien solle kein Militärbündnis mit Frankreich aufgeben, und die an diesen Vorschlag geknüpften Forderungen zur Abrüstung, haben überall starkes Aufsehen und Interesse erweckt. Vandervelde nämlich namens der belgischen Sozialisten einen starken Kampf gegen die Erhöhung der Militärausgaben in Belgien an, indem er gleichzeitig betonte, daß die Hauptkriegsgefahr für Europa in erster Linie von einem sozialistisch beherrschten Deutschland kommen würde, wie von einem Anarchisten des Faschismus überhaupt. Die belgische sozialistische Partei ist deshalb ebenfalls dazu übergegangen, ein französisch-belgisches Militärbündnis in einem Lande wirksam bekämpfen zu können. Vandervelde weist ferner mit Recht darauf hin, daß der Frieden Europas solange nicht als gesichert gelten könne, solange die Siegermächte ganz einseitig am Versailler Vertrag festhalten und ihre moralische und juristische Verpflichtung zur Abrüstung nicht anerkennen.

In der amerikanischen Presse werden die Darlegungen Vanderveldes außerordentlich lebhaft behauptet und die beiden großen New Yorker Blätter Times und World äußern sich in langen Leitartikeln. Die Times bezeichnet es als außerordentlich interessant, daß gerade aus Belgien heraus Stimmen kommen, die die Militärlage verraten, daß Belgien weiter die Rolle eines Trabanten von Frankreich spielen solle. Die World sagt es gerade heraus, daß die Zukunft des europäischen Friedens davon abhängt, daß Deutschland nicht durch die europäische Politik nicht dazu gedrängt werde, den extremen Parteien in die Hände zu fallen. Die bisherige einseitige Abrüstung müsse ausgesetzt werden und es sei selbstverständlich, daß auch das Reparationsabkommen fernerhin nicht mehr als unabänderlich betrachtet werden dürfe. Ein militärisch deutsch-französischer Frieden sei der größte in des europäischen Friedens.

Im sozialistischen Populaire (Paris) wird am Mittwoch ein Interdium veröffentlicht, das der belgische Berichterstatter dieses Blattes mit Vandervelde hatte. Vandervelde erklärte, selbst in den Kreisen der belgischen Sozialisten, die eine besonders lebhaftes Sympathie für Frankreich empfinden, mache sich eine starke Strömung

gegen das belgisch-französische Militärbündnis geltend. In den Volksmassen Belgiens fürchte man auch, daß das Abkommen noch andere Klauseln enthalte, die wahrscheinlich die Abmachungen der beiderseitigen Generalstabes enthalten. Der Locarnovertrag habe doch eigentlich und sinngemäß das belgisch-französische Militärbündnis abgelehnt.

Herr Kanfer, Redakteur der radikalen Pariser Zeitung La République, hat sich einige Wochen in Deutschland aufgehalten. Er berichtet in einem Artikel der Mittwochsausgabe seines Blattes seine Beobachtungen in Deutschland. Der Durchschnittsdeutsche stelle lebhaftes Interesse an der Wirtschaftslage Deutschlands und Frankreichs an und empfinde dabei, daß Frankreich von einer Wirtschaftskrise am meisten betroffen sei, während Deutschland schwer darunter leide. Aber ungeachtet dieser aus der Wirtschaftslage Deutschlands resultierenden Stimmung der Verbitterung, hat Herr Kanfer den Eindruck gewonnen, daß man im allgemeinen in Deutschland zu einer deutsch-französischen Verständigung bereit sei, aber auch die Auffassung habe, daß Frankreich es sei, das eine solche Verständigung bisher verhindert habe. Ebenfalls allgemein in Deutschland sei die Auffassung, daß eine deutsch-französische Verständigung nur dann möglich sei, wenn am gegenwärtigen Stand der Dinge, Versailler Vertrag usw., keine Veränderungen vorgenommen werden. Ohne daß Frankreich sich bereit finde, Deutschland entgegenzukommen, sei eine wirkliche Verständigung nicht zu erzielen.

Herr Kanfer hat in Deutschland zutreffende Beobachtungen gemacht, wie seine Darlegungen in dem erwähnten Pariser Blatt besagen. Es ist in der Tat Sache Frankreichs, in der Frage der Verständigung eine negative Haltung einzuhalten. Frankreichs bisherige Haltung hat die nationalpolitische Welle in Deutschland in den letzten Monaten außerordentlich gefördert, wodurch nicht nur Deutschland wirtschaftlich und innerpolitisch schwerer Schaden zugefügt worden ist, sondern auch für die Sicherung des europäischen Friedens neue Gefahren entstanden sind. Es ist wahrlich höchste Zeit, daß man in allen politischen und maßgebenden Kreisen Frankreichs die wahre Sachlage erkennt und nach ihr handelt.

Aus dem Gerichtssaal

Reichsgericht bestätigt Todesurteil

B. Konstanz, 28. Dezember. Im Sommer d. J. wurde der über 20 Jahre alte Landwirt Ernst Schiele bei Überlingen wiederholt seine etwas längere Geliebte zu vergiften, weil er sich ihrer, die sich in abgemessenen Abständen befand, entziehen wollte. Die Tat, die er stets mit Vorsicht und Verheimlichung verübte, mißlang immer. So kam er auf den Gedanken der Anwendung eines härteren Mittels, und führte dieses auch durch. Während eines Spazierganges über einen kurzen Steg warf er dem Mädchen einen Strich um den Hals, machte sie betäubungslos und ließ sie, nachdem er den Strich am Geköpfen befestigt hatte, über den Steg. Die Unternehmung nahm erst eine Selbsttötung an, verurteilt durch den getauerten Zustand. Durch verschiedene Umstände widerlegte die Kriminalwissenschaft aber die Selbsttötung, vielmehr mußte ein seltener Fall des Todes durch Strangulation vorliegen, wie die internationale Kriminalwissenschaft bisher nur vier solcher Fälle kennt. Inzwischen verurteilten sich die Verdächtigen gegen den Schiele und schließlich gestand er die Tat und die Vorgänge dazu ein. Das Schwurgericht Konstanz verurteilte ihn im Oktober d. J. wegen wiederholtem Mordversuch und Mord zu 7 Jahren Zuchthaus und zum Tode. Die Robheit der Ausführung sei ferner mildernd. Das Reichsgericht wurde angerufen mit der Begründung eines plötzlichen Schwachsinnes. Wie jetzt aus Verdona berichtet wird, hat das Reichsgericht sich ganz dem Konstanzer Urteil angeschlossen und die Revision verworfen, womit das Urteil seine Rechtskraft erlangt hat.

Kann eine Zeitung beleidigt werden? Diese Frage war bisher stark umstritten und bisher wurde vom Gericht vielfach entschieden, daß eine Zeitung als solche nicht beleidigt werden könne. Sie ist jetzt aber in ein neues Stadium gekommen. In einem Prozeß der Freiburger Tagespost gegen einen nationalsozialistischen Anwalt, der die Zeitung als das arische „Lügenblatt“ bezeichnet hatte, hatte das Freiburger Amtsgericht entschieden, daß eine Verleumdung nicht eintreten könne, weil die Tagespost als G. m. b. H. nicht beleidigungsfähig sei. Auf die Berufung des Chefredakteurs Färber hat das Oberlandesgericht Karlsruhe jetzt das erstinstanzliche Freiburger Urteil aufgehoben und die Klage zur nochmaligen Verhandlung zurückgewiesen, indem es anerkannte, daß durch die Beleidigung einer Zeitung der verantwortliche Schriftleiter sich beleidigt fühlen und deshalb den Beleidiger verklagen könne. Auf dieser Grundlage soll das Freiburger Amtsgericht nochmals verhandeln. In einem ähnlichen Falle hat bekanntlich vor einigen Tagen das Mannheimer Gericht eine Verurteilung des Beleidigers wegen Beleidigung der politischen Redakteure des Blattes herbeigeführt.

Die deutschen Gerichte sind überlastet. Von den 1,7 Millionen im Jahre 1929 in Deutschland erstatteten Anzeigen hat die Staatsanwaltschaft die Hälfte als unwichtig nicht behandelt. Trotzdem fanden noch 355 000 Menschen auf Grund solcher Anzeigen vor dem Richter. Davon wurden 88 500 freigesprochen, also der meiste Teil. Unter den Unschuldigen, über die verhandelt werden mußte, befanden sich 22 000 Beleidigungsklagen.

Aus der Stadt Durlach

Ein unbekannter Schütze. Ein Gasmaske aus Karlsruhe stellte fest, daß in seinem Wochenendhäuschen auf hiesiger Gemarkung ein Einbruch verübt worden war. Als er sich nach einem benachbarten Hause begeben wollte, um die Polizei zu benachrichtigen, wurden auf ihn aus naher Entfernung zwei Schüsse abgegeben, die jedoch ihr Ziel verfehlten. Der Täter ist unerkannt entkommen.

Dereinsanzeigen
Bei d. u. m. m. p. 100 Dlg. die Zeil.
Verordnungen folgen unter dieser Rubrik in der Regel sehr bald, aber werden von Redaktionsteilern besorgt.

Karlsruhe
HRA. Abt. West. Samstag, 3. Januar, abends 8 Uhr, in der „Stadt Baden“ gemütliches Beisammensein. 153

Kreier Schützenverein. Am Samstag, 3. Januar, abends 8 Uhr, findet im Lokal zum „Salmen“ unsere diesjährige Generalversammlung statt. Um vollzähliges Erscheinen bittet 910 Der Vorstand

Tag der Arbeit. Morgen abend 8 Uhr Arbeitslosenversammlung (Volkshaus, Konferenzzimmer). 909

Durlach Turnverein e. V. Samstag, 3. Januar, abends 7 Uhr im Vereinshaus Generalversammlung, Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Anträge. 3. Neuwahlen. 4. Verschönerung des Vereinsplatzes und aktiven Mitglieder in unvollständiger Zahl. 502 Der Vorstand.

Beamtentätigkeit (6 Prozent ab 1. Februar 1931), einberufen sind. Der Gemeinderat nimmt hieron Kenntnis. Eine Kündigung zum Zwecke der Gehaltskürzung, wie solche im Gesetz vorgesehen ist, ist hierdurch nicht möglich.

Der Vorsitzende gibt Aufschluß über die allgemeine Finanzlage der Stadt. Nach der von der Stadtstelle angefertigten Zusammenfassung ist der Voranschlag für das laufende Wirtschaftsjahr noch nicht überföhrt. Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß ein Ueberfließen des Budgets durch das Wachsen der Zahl der Arbeitslosen durch das Stadtbudget befähigt, Arbeiten, die eine Weiterbeschäftigung ermöglichen, seien nicht mehr viel da und man müsse sich überlegen, wie diese Frage zu lösen sei. Zunächst erfolge die Überordnung des Herrn Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen am 26. Juli bzw. 1. Dezember den Gemeinden neue Steuerquellen dadurch, daß sie berechtigt sind, die Gemeindeabgaben, die Bürgersteuer und die Gemeindeabgabensteuer zu erhöhen. Der Gemeinderat habe bisher hier davon abgesehen, diese Steuern zu erhöhen. Für das Rechnungsjahr 1931 seien die Gemeinden zur Erhebung der Gemeindeabgabensteuer und der Bürgersteuer verpflichtet, wenn der Steuerfuß der Gemeindegrenzen über oder der Gemeindeabgabensteuer für das Rechnungsjahr 1931 den für das Rechnungsjahr 1929 zuletzt maßgebenden Steuerfuß übersteigen würde. Das Ministerium des Innern habe in einem Erlaß darauf aufmerksam gemacht, daß die Gemeinden nicht erwarten könnten, daß der Staat sie mit irgend welchen Beihilfen unterstützen werde, solange sie die durch die Steuererhöhung vorgesehenen eigenen Steuerquellen, die durch die Steuererhöhung nur geringen Ertrag verbräuen, nicht zeitlich ausschöpfen. In einem weiteren Erlaß habe das Ministerium des Innern zum Ausdruck gebracht, daß Kostbararbeiten aus Mitteln der wirtschaftlichen Arbeitslosenfürsorge nur gefördert werden könnten, wenn die arbeitslosen Gemeinden von den nach der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten gegebenen Möglichkeiten der Einnahmeerhöhung mindestens die Gemeindeabgabensteuer und die Bürgersteuer befreit hätte. Wenn die Stadt hier somit eine Notstandsarbeit in Angriff nehmen wolle, müßten zunächst die genannten Steuern befreit bzw. erhoben werden.

Unternehmer Friedrich Kern hat darum nachgefragt, ihm einen Geländestreifen vor seinem erworbenen Anwesen in der Lindenstraße in der Größe von ungefähr 25 Quadratmeter zu überlassen. Dem Antrag wird, daß der Geländestreifen hinter der Baufläche Linie liegt und eine Wegverbesserung durch Vorlegen des Baugesuchs zu erstatten. Die Frage der Bildung der verschiedenen Kommissionen wurde bestritten. Den neu eintretenden Gemeindevorordneten wurde zunächst ein Verzeichnis der bisher bestehenden Kommissionen ausgereicht. Beschlußfassung bzw. die Kommissionenbildung wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt. — Dem gestellten Antrag auf Erhebung der Gemeindevorstandsmitglieder kann nicht stattgegeben werden. Die Gemeindevorstandsmitglieder sind sich darüber einig, daß sie über die Entscheidung nach Gutdünken verfügen können, wie dies bisher auch schon der Fall war. Im übrigen wurde vom Vorsitzenden noch auf die gesetzliche Bestimmung in § 31 der Gemeindeordnung hingewiesen, nach der den ehrenamtlich tätigen Gemeindevorständen eine für alle gleichwertige Entschädigung zu gewähren und ein Verzicht hierauf nicht zulässig ist.

März (Sitzung vom 30. Dezember)

Die Rechnung des Haushalts vom Jahr 1928/29 wird genehmigt. — Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von dem Schreiben des Reichsausschusses von Neuenheim und lehnt dessen Forderung in Höhe von 542,07 M. ab. — Ein Antrag auf Kündigung der Angehörigen der Reichswehr und der Reichswehrangehörigen wird abgelehnt, da dieselben freiwillig 6 Prozent Gehaltsabgabe zugestanden haben. — Der Antrag des Wahlbüros Arg auf Höhererhöhung in der Gehaltsabgabe wird abgelehnt. — Die Lieferung von 10 Doppelcentner Hafer zum Preis von 17 M. pro Doppelcentner wird an Müller Oed vergeben. — Vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses soll ab 1. Januar 1931 Wasserzöl erhoben werden und zwar pro Monat wie folgt: eine zweifelhafte Familie 0,50 M., eine dreifelhafte Familie 0,60 M., eine vierfelhafte Familie 0,70 M., eine fünfzehlfelhafte Familie und mehr 0,80 M. Für jedes angemietete Stück Rindvieh und Pferde 0,10 M. Diese Wasserzöl sollen bis zur Einführung der Wasserzöl der Anfangs März 1931 erfolgen soll. — Einem Antrag auf Ermäßigung des Pachtzinses für ein Grundstück wird zugestimmt.

Auskünfte der Redaktion

Arbeiter-Wahlzettel-Letterie Die Haupttreffer der Ziehung wurden uns mitgeteilt. Inzwischen ist aber die Rechnungsliste eingetroffen, die zum Preise von 10 Pfg. in unserer Verlagsbuchhandlung zu haben ist.

Der Totenkampf der Freiheit

Von
Pietro Nenni



Die Bestiennatur des Faschismus



Copyright 1930 by Verlag J. S. W. Dieck Nachf., G.m.b.H., Berlin.
18 (Alle Rechte vorbehalten)

Und eines Tages kam Turati zu uns, nach jener romantischen Flucht mit einem Schiff aus Savona nach Korsika. Madere Genossen, der Professor Rosselli, der nun selbst unlangst von den Liparischen Inseln entflohen ist, Professor Patti, der sich noch heute in den Händen des Faschismus befindet, der Seemann Orsola und der Rechtsanwalt Bertini hatten die Flucht vorbereitet. Die beiden ersten kehrten nach Italien zurück, sobald sie Turati in Korsika ausgeschifft hatten, und wurden verhaftet, als sie den Fuß auf italienischen Boden setzten. Bertini, der später zurückging, blüht heute im Gefängnis seine mannhafte Tat.

Arturo Labiola kam gleichfalls auf dem Seewege aus Neapel nach einer abenteuerlichen Flucht. So entstand allmählich das freie Italien, das Italien von gestern und von morgen, das sozialistische, republikanische, liberale Italien, im Ausland wieder. Frankreich und Europa brachten ihm Sympathie und Verständnis entgegen, das Proletariat und jeder in allen Ländern der Welt, der frei dachte, bot diesen Flüchtlingen die Hand der Solidarität.

Millionen von Italienern, die in Europa und Amerika zerstreut leben, scharen sich im Geist um die Verbannten, während die Diktatur, im Wahn befangen, die Opposition beleidigt zu haben, weil sie ihr die Möglichkeit der Ausrückung nahm, sich abmüht, den faschistischen Staat zu schaffen. Mit welchem Ergebnis?

Das heutige Italien ist ein großes Gefängnis, in dem die Rächerrolle der faschistischen Miliz anvertraut ist, einem Parteichef unter Mussolinis Befehl. Nur die eine Million Menschen, die eine faschistische Parteiart besitzt, genießt politische Rechte, die übrigens ziemlich beschränkt sind. Die anderen Bürger sind entweder Untertanen, die sich in ihre Rechtslosigkeit ergeben haben, oder Rebellen, die als außerhalb des Gesetzes stehend behandelt werden, während sie die unvermeidliche und unerlösende Revanche der Freiheit vorbereiten.

Als politische und als geistige Erscheinung bedeutet der Faschismus die Wiedererhebung des Ancien régime. Mit diesem hat er die absolutistische Auffassung der Macht gemein, die geistige Beschränktheit, den Mangel an Menschlichkeit und die Verachtung der Freiheit. Wie dem Ancien régime fehlt ihm das Gefühl der Gerechtigkeit und des Rechtes.

Der Faschismus hat drei Kategorien von Bürgern geschaffen: die Faschisten, denen alles erlaubt ist; die Nichtfaschisten, die zu arbeiten und zu schweigen haben, und endlich die Antifaschisten, die vogelfrei sind. Ist nun ein solches Regime wirklich stark? Da muß man sich erst darüber einigen, was man unter stark versteht. Stark ist der Faschismus schon, stark durch seine Miliz, durch seine Gefängnisse, durch sein Sondergericht; stark durch seine Zwangsverschickung und durch seine Polizei.

Wie Franz II., der letzte König von Neapel, könnte Viktor Emanuel III., der wahrscheinlich der letzte König von Italien sein wird, als Inhabt des Staates die Macht bezeichnen. Aber sein Regime, das so machtvoll für die Repression ausgerüstet ist, ist auf geistigem Gebiet das schwächste, was man sich denken kann.

Wenn ich Mussolini sich großtun sehe, wenn ich ihn mit der Prozigkeit des Carvenius von seiner granitenen Macht reden höre, von der Festigkeit des Faschismus und der Vernichtung der Opposition, wenn das Echo seiner grotesken „Niemand“ und seiner noch groteskeren „Immer“ zu mir dringt, kann ich das Lächeln nicht unterdrücken.

Man hat in Rom nicht das Recht, in dieser Weise grotesk zu sein, in Rom, wo Jahrhunderte Geschichte Zeugnis ablegen für die Vergänglichkeit menschlicher Werke.

Dieser Straßentrüber gefällt sich nicht nur darin, sich mit Federn, Uniformen und Orden zu schmücken, er muß sich auch noch mit Caesar und Napoleon vergleichen. Nun ist aber Caesar durch Dolchstiche gefallen, und Napoleon hat seine Tage auf dem nackten Felsen von St. Helena geendet. Und sie hatten doch alle beide ihren Degen von einem Teil der Welt zum anderen getragen.

Wie steht es aber um die Siege des faschistischen Diktators? Die hat er unter der politischen Mitschuld einer in unheimlichem Verfall befindlichen Klasse gegen waffenlose Arbeiter erfochten, gegen friedliche Genossenschaften, gegen Volkshäuser und Zettungen.

Und seine Werte? Zunächst hat er jede Freiheit unterdrückt, Parteien aufgelöst, die Oppositionspresse abgewürgt, die Schule monopolisiert, aus dem Sport ein Hilfsmittel der Regierung gemacht, die Gewerkschaften in Kavernen verwandelt — das alles war nur das Vorbild.

Die Grundlage des faschistischen Systems ist die Spionage. Eine Hälfte der Italiener wird dazu angetrieben, die andere auszuspionieren. Auf jedem Gebiet, sogar in den Fabriken, macht man Karriere nur um diesen Preis. Den Kollegen ausspionieren, den Nachbar, den Freund, die eigenen Angehörigen; die Personalabführer der Polizei durch zweidienliche Informationen bereichern — das sind im faschistischen Italien die Bürgertugenden.

Geschieht dies alles etwa im Dienste einer großen Idee? Nein, es handelt sich lediglich darum, die Leidenschaften einer neuen politischen Klasse zu füttern, die dieselben Fehler der alten hat, die mit Schärfe dieselben sozialen Interessen vertritt und sich außerdem kennzeichnet durch die Brutalität ihrer Mittel, den Mangel an Ehrlichkeit, durch Verachtung der Kraft des Rechtes und Anbetung des Rechtes der Kraft.

Dem Faschismus gebührt es so sehr an der freien Zustimmung der Massen, daß all seine Handlungen den Stempel der Willkür tragen müssen.

Da beschließt man zum Beispiel ein Weibsjahr. Wie wird das angeordnet? Zuerst werden Maßnahmen getroffen, um das Regime vor jeder Gefährdung zu schützen. Also wird die Liste für das armselige Ständeparlament nicht von den faschistischen Parteifunktionären oder den Syndikaten aufgestellt, sondern einfach von der Regierung. Den Vorzug bei den Wahlhandlungen führen — natürlich, um volle Unparteilichkeit zu gewährleisten — die Parteifunktionäre und die Miliz. Die Wähler werden herdenweise zum Wählen getrieben. Jede Propaganda, außer der der Regierung, ist verboten.

Weiter beschließt man, nach dem Muster Napoleons III und Wilhelm II., es mit Sozialpolitik zu versuchen, um einen Teil der Arbeiterklasse zu gewinnen. Dann werden die Syndikate durch einen Apparat von Funktionären vertreten, die die Regierung ernannt und beständig kontrolliert, und die keinerlei direkte Beziehungen zu den Arbeitern haben.

Nach einer Definition seines Führers ist der Faschismus eine „autoritäre Demokratie“. Dabei unterwirft er sich nie und unter keinen Umständen der Kontrolle des Volkes, worin doch das eigentliche Wesen der Demokratie liegt. In Wirklichkeit bedeutet der Faschismus im eigentlichen Wortsinn einen Kolonialisationsversuch, der mit dem Lande vorgenommen wird. Korruption, Unterschleife, Betrügereien im Amt und sonstiger Mißbrauch der Amtsgewalt sind etwas ganz Alltägliches. Überall lebt man aus dem vollen auf öffentliche Kosten. „Nach uns die Sintflut“, das ist die einzige Regierungsregel.

Und da man die Unzufriedenheit zum Schweigen bringen und die Skandale verdecken muß, so befindet sich der Faschismus in der absoluten Notwendigkeit, das Land zu terrorisieren.

Das hat er auf zweifache Weise getan. Einmal durch die private Gewalttat seiner Anhänger, durch Mord, Totschlag, Blinderung, Brandstiftung, Rinzinsöl und Prügel. Dann durch die Organisation des Parteistaates. Spionage, Deportation, Entlassung der nicht den Endfaktoren angehörigen Arbeiter, Maßregelung der Beamten, die sich nicht als Spiegel bewährten.

In einem armen Lande, wo sich um jede Beamtenstelle oder jede Arbeitsgelegenheit hundert Bewerber drängen, zu einem Zeitpunkt, wo Brot die Hauptfrage wird, weil alles andere verloren ist, vermochte dieses über jedem Bürger hängende Damoklesschwert tatsächlich Wunder zu wirken.

So bleiben nur die wenigen Unbeglückten als Erbauer neuer Zeiten. Für sie, die durch die Not nicht zu brechen sind, für jene stolzen Widerjäger, denen es Freude macht, dem Tyrannen zu trotzen, für die gibt es das Sondergericht.

Was ist das eigentlich, dieses Sondergericht? Das ist das niederrichtigste Zerrbild der Justiz, das sich ausdenken läßt. Die Bilanz seines Wirkens ist tragisch. In drei Jahren hat es zwei

Was will und was soll die S.-A.?

Die Organisation der S.A. und ihre militärischen Übungen beweisen deutlich, daß es sich um eine ausgesprochen militärische Organisation handelt, und die Mitglieder, vor allem die Führer der S.A., bezeichnen sich im Gespräch mit Parteigenossen auch ganz offen als Soldaten, in bescheidenem Gegensatz zu den „Zivilisten“. Wenn wir Soldaten etwas beschließen, haben die Politiker der Partei natürlich immer etwas auszusagen. Diese häufig wiederkehrende Floskel kennzeichnet deutlich die militärische Einstellung.

Der bisherige Draf, Hauptmann Pfeffer von Salomon, kennzeichnete in einem Schreiben vom 13. Oktober 1928 an einige Unterführer in Köln die Aufgabe der S.A. folgendermaßen:

„Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die S.A. als die Trägerin der zukünftigen deutschen Wehrmacht so auszubilden und so organisiert werden muß, daß schon heute langsam, aber stetig und unaufhaltsam, sich ein Staat im Unstaat herausbildet.“

Und am 28. November 1928 hieß es in einem weiteren Befehl des Draf:

„Die Kameradschaft der S.A.-Formationen muß derartig feste Formen annehmen, daß an ihrem granitenen Wollen alle politischen Verbote, alle sonstigen Schikanen wirkungslos abrollen.“

Die nationalsozialistische Literatur gebraucht deshalb fast täglich die Phrase von dem „dröhnenden Schritt der braunen Regimenter“, die das „Dritte Reich“ schaffen werden.

Daß die S.A. auch in einem nationalsozialistischen Staate das Rückgrat der Armee bilden wird, das ist gewissermaßen ein Besseres, das man den heutigen S.A.-Leuten macht, ein Versprechen, das wirtschaftlich von recht erheblicher Bedeutung ist, erweckt es doch in allen S.A.-Leuten die Hoffnung, einstmals in der Armee des „Dritten Reiches“ einen wohlbestallten militärischen Posten begeben zu können.

In einem Befehl an die Gauführer erklärt der Generalsekretär der S.A., Oberstleutnant von Ulrich: „Bekanntlich kennt der kommende nationalsozialistische Staat keine allgemeine Wehrpflicht im alten Sinne der wilhelminischen Zeit (die S.A. würde es sich verbitten, wenn dadurch jedw. Lump gezwungen werden könnte, unser Ehrenkleid anzuziehen). Die Auslese der Wehrfähigen erfolgt durch das Wehrrecht.“

Somit es sich bei den S.A.-Leuten nicht um Mitläufer und Konjunkturfahrer handelt, sind sie sich völlig darüber im Klaren, daß ihr Ziel darin besteht, eines Tages den Marsch auf Berlin, zur Eroberung der politischen Macht anzutreten. Hitler selber hat einmal die Stunde für diesen großen Wehrleistungsmarsch auf den Zeitpunkt festgelegt, an dem die S.A. eine Million gekharter Mitglieder umfassen werde. Bis dahin scheint allerdings noch ein langer Weg zu sein, denn trotz eifrigster Werbung und Propagandaarbeit umfaßt die Organisation laut der S.A.-Relevé heute kaum mehr als 40 000 Mann, und diese Ziffer dürfte bald wieder erheblich abnehmen, wenn mit dem Nachlassen der Arbeitslosigkeit für die Erwerbslosen das Interesse an diesen militärischen Spielereien mit der geordneten Arbeit wieder verloren geht.

In den letzten Monaten haben sich in Bezug auf den revolutionären Charakter der Partei, anstatt des drohenden Verbotes und der bevorstehenden Reichsgerichtsprozesse auf Hitlers besondere Anweisung hin etwas vorzüglichere Tonarten hören lassen. Aber noch vor Jahresfrist sprach man selbst in öffentlichen Versammlungen ziemlich ohne Scheu über die bevorstehende Revolution und über die Aufgaben, die die S.A. dann zu erfüllen habe. So erklärte der bekannte Gauleiter Tschow am 22. Oktober 1929 in Neuhans:

„Unsere braunen Jungens werden eventuell in diesem Kampf ihr Leben einsehen. Wir werden den Kampf mit allen Mitteln führen. Im Kampf gibt es Leichen, wenn es gegen den jüdischen Zankhiesel geht, schreiten wir auch über Gräber.“

Aus: Dehme-Caro: „Kommt das Dritte Reich?“ Verlag Ernst Komohl, Berlin, 1931.

Todesurteile gefällt, in einem Lande, das es sich zur Ehre anrechnete, die Todesstrafe abgeschafft zu haben; weiter hat es eintausendfünfhundert Verurteilungen verhängt mit fünf- bis zwanzigjährigen Zuchthaus für Arbeiter und Intellektuelle. In weiteren viertausend Fällen hat die Voruntersuchung, ohne Aufnahme des Hauptverfahrens, zur Verschickung der Verdächtigten auf die Inseln geführt.

So sieht es in Italien aus. Und das nennt man: Disziplin und Ordnung.

Auch in unserer Zeit bilden sich noch Legenden. Eine solche zeitgenössische Legende berichtet, daß der Faschismus freilich Italien um seine Freiheit gebracht hat, ihm aber als Entschädigung dafür zu wirtschaftlichem Wohlstand verholfen habe. Diese Legende hat auch durch Journalisten Unterstützung gefunden, die vielleicht in gutem Glauben sind, denen es aber als granitene, unbestreitbare Wahrheit gilt, daß Italien vor dem Jahre 1922 ein barbarisches Land war, ohne öffentliche Dienste, ohne Industrie, ein Land der Unordnung und des Karnevals.

Nun muß sicherlich das Urteil über das frühere liberale und konservative Regime sehr hart ausfallen, aber besonnen geachtet bleibt die Tatsache, daß Italien unter der Verwaltung von rechtschaffenen Menschen, die sich in ihren Regierungsämtern nicht bereichern haben, wie dies fast alle Faschisten getan haben und noch tun, in fünfzig Jahren beinahe märchenhafte Fortschritte auf wirtschaftlichem Gebiet gemacht hat, trotz seinem Mangel an Rohstoffen und der Armut seiner Kolonien.

Dieser Fortschritt hat nun seit der faschistischen Besitzergreifung eine plötzliche Lähmung erfahren, so daß Italien jetzt mit den ernstesten wirtschaftlichen Schwierigkeiten ringt. Die Arbeiter haben Hungerlöhne, die Arbeitslosigkeit ist groß, das Geld ist teuer, der Geschäftsgang träge und das Elend allgemein.

Man macht großes Ruhm davon, daß das Staatsbudget im Gleichgewicht sei. Aber die Sachverständigen sind zu der Überzeugung gekommen, daß dieses Gleichgewicht nur durch die läugerische Aufpumpe des Budgets erreicht wird, ohne in Wirklichkeit vorhanden zu sein. Im übrigen wird das Land von dem Steuerdruck fast erdrückt. Das laufende Budgetjahr, für das man einen Ueberschuß veranschlagt hatte, wird ein Defizit von mindestens einer Milliarde aufweisen.

Diese finanziellen Ergebnisse haben nichts Ueberraschendes, denn der Faschismus ist ein sehr kostspieliges Regime. Um an der Partei zu bleiben, muß er außer der regulären Armee eine Parteimiliz erhalten, die dreihunderttausend Soldaten und elftausend Offiziere zählt. Dazu kommen die Ausgaben für die zahlreiche Polizei im In- und Auslande. Seit er zur Regierung gelangt ist, hat der Faschismus beständig Schulden auf Schulden gehäuft. Die innere Schuld ist von 84 541 Millionen Lire im Jahre 1925 auf 98 401 Millionen Lire am 30. Juni 1928 angewachsen.

Die Finanzlage der Gemeinden und Provinzen ist noch kritischer als die des Staates. Um Straßen, Brücken und Denkmäler zu bauen, die vielfach nur eine Gelegenheit zur Bereicherung der faschistischen Beamten oder Unternehmer waren, ist auf dem internationalen Markt Geld zu oft sehr ungünstigen Bedingungen aufgenommen worden. Einem früheren faschistischen Minister zufolge sind die Schulden der bloßen Provinzialhauptstädte vom 1. Januar 1925 zum 1. Januar 1928 von 3060 auf 5481 Millionen Lire angewachsen. Allein auf dem nordamerikanischen Geldmarkt hat das faschistische Italien Anleihen für mehr als 400 Millionen Dollar aufgenommen.

Das Defizit der Handelsbilanz, das im Jahre 1924 sich auf 643 Millionen Lire belief, ist im Jahre 1926 auf 939, im Jahre 1927 auf 1254 und 1928/29 auf 2047 Millionen Lire gestiegen.

Gleichzeitig sind die Ausgaben der Touristen in Italien um 40 Prozent gestiegen, obwohl der Faschismus das Wunder vollbracht hat, daß die Züge rechtzeitig eintreffen. Auch die Erparnisse der Auswanderer fließen immer spärlicher, und die Einnahmen der Handelsmarine gehen zurück. So steht es katastrophal um die internationale Zahlungsbilanz des Landes.

Ueber die industrielle Krise, die sich aus der Stabilisierung der Lire zu einem aus Gründen politischen Prestiges zu hoch angelegten Wert ergeben hat, braucht nichts gesagt zu werden. Diegt sie doch ganz offen zutage.

Es bliebe also die Landwirtschaft. Man redet von ihrer Wiedergeburt. In der Tat hat die faschistische Regierung, nach einer Politik der Industrialisierung um jeden Preis, während der es hieß, daß Italien kein großes Land sein werde, ehe nicht der Raub seiner Fabriken seine Sonne verduffle, sich zur Politik der „Verländlichung“ bekehrt. Man hat ein großes Geleß für die Urbarmachung ausgearbeitet: Es ist ein ausgezeichnetes Geleß, das die Sozialisten bereits vor dreißig Jahren vorgeschlagen hatten, aber zu seiner Verwirklichung gehören Milliarden, die der Staat nicht hat. Mit diesem Geleß verfolgt der Faschismus einen politisch-wirtschaftlichen Zweck, nämlich den, den Getreidebau so sehr zu vermehren, daß Italien für sein Brotkorn vom Ausland unabhängig wird. Weiter hat es bevölkerungspolitische Absichten im Auge. Durch den großen Bedarf an Arbeitskräften der Bonifizierungswerte hofft der Faschismus einerseits die Städte zu entlasten, andererseits die Geburtenziffer zu heben. Der dritte Zweck ist auf eine Umfichtung der sozialen Kräfte gerichtet, im Sinne einer Politik auf weite Sicht: durch Ueberwiegen des ländlichen Elements hofft man dem staatlichen Leben eine stabilere Grundlage zu geben. (Schluß folgt.)

Kohlenhandels-gesellschaft
Carl August Nieten & Co
liefert alle Sorten

**Kohlen / Koks
Briketts
Brennholz**
in bester Ware

Kaiserstraße 148/II Fernsprecher 5164 — 5165 und 5506



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

2. Januar: 1788 *Französischer Utopist Cabot (Marion). — 1801 *Schriftsteller Joh. Kaspar Lavater. — 1861 *Schriftsteller Wlfr. Böhm. — 1881 *Französischer Sozialrevolutionär Blanqui. — 1886 *Sozialist Hofbaumeister Demmer. — 1918 Politische Streiks in Österreich. — 1921 *Bismarck-Holweg. — 1921 *Maler Franz v. Defregger.

Januar

Der Januar, der Monat, der das Tor des Jahres öffnet und nach der Stille des Winters den Weg zum neuen Werden freibt, hat natürlich einen besonders bedeutsamen Kalender.

Der erste Arbeitstag im Jahr erweckt die Erinnerung an das Inkrafttreten einer Anzahl wichtiger Verordnungen und Gesetze. So ist am 1. Januar 1891, d. h. vor vierzig Jahren in Kraft getreten: Das Invaliden- und Altersversicherungsgesetz, im Jahr 1900 das Bürgerliche Gesetzbuch, 1913 das Angestellten-Versicherungsgesetz, 1924 die Arbeitszeitverordnung, 1919 der gesetzliche Achtstundentag und 1929 das Gesetz über Berufskrankheit als Unfall.

Im übrigen enthält der Kalender des Januar 1931 eine Anzahl bedeutsamer Jubiläen:

Am 2. Januar 1801, vor 130 Jahren, ist der Schriftsteller Joh. Caspar Lavater gestorben. Am 2. Januar 1881 ist der sozialistische Revolutionär Blanqui gestorben. Am 2. Januar 1921, vor sechsundvierzig Jahren, ist das erste deutsche Fernsprechnetz in Berlin in Betrieb genommen worden.

Am 15. Januar 1791 ist der Dichter Franz Grillparzer geboren. Am 16. Januar 1921, vor zehn Jahren, hat sich die norwegische Sozialdemokratie gespalten.

Am 18. Januar 1871, vor sechsundfünfzig Jahren, ist das deutsche Kaiserreich in Versailles proklamiert worden; die Reichsregierung beschloß, den Tag feierlich zu begehen.

Am 20. Januar 1891, vor 40 Jahren, ist das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften zum ersten Mal erschienen.

Am 24. Januar 1891, vor 40 Jahren, hat eine Grubenkatastrophe auf der Zeche Deutschland 38 Todesopfer gefordert.

Am 25. Januar 1871, vor 60 Jahren, ist Wilhelm Weitling gestorben.

Am 30. Januar 1781, das heißt vor 150 Jahren, ist der Dichter Adelbert von Chamisso geboren.

Am 31. Januar 1911, vor 20 Jahren, ist Paul Sineser gestorben. Weiterhin enthält der Januar-Kalender Erinnerungen an das Revolutionsjahr 1918 auf 1919:

Am 1. Januar 1919 ist der gesetzliche Achtstundentag in Kraft getreten. Am 3. Januar ist die U.S.R. aus der deutschen Regierung ausgetreten.

Am 5. Januar hat die sogenannte Berliner Spartakus-Woche eingesetzt. Der Vorwärts und bestimmte Regierungsgebäude sind von den Aufständischen besetzt worden.

Am 6. Januar beginnen Straßenkämpfe in Berlin.

Am 15. Januar werden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg verhaftet und von einer meuternden Offiziersgruppe ermordet.

Am 19. Januar wird die Wahl zur Nationalversammlung vorgenommen.

Am 24. Januar wird ein neues Gemeindefähigkeit für Preußen verhängt.

Am 30. Januar wird eine neue Landarbeits-Ordnung in Preußen erlassen.

Der Januar trägt also schicksalsschwere Daten, die das Kampfsjahr 1931 einleiten, als Erinnerung und Ansporn für den Befreiungskampf des Proletariats.

Vom Januar!

Der erste Monat des Jahres, der sich bei seinem Erscheinen wie ein Dersüßer und Glücksbringer feiern läßt, verdankt seinen Namen dem doppeldeutigen Janus, dem Gott allen Anfangs, dem im alten Rom nicht nur der erste Monat des Jahres, sondern auch der Tagesanfang, die Monatsersten, alle Türen- und Straßendurchgänge geheiligt waren. Der Januar ist ein gar besonderer Geselle. Halb zieren und schmücken ihn noch die lichterbedeckten Zweige des Weihnachtsbaumes, der in vielen Familien meist bis zum Dreikönigstag aufgestellt bleibt, zur anderen Hälfte aber schließt er schon nach dem dunkelblauen mit Blittern besetzten Karrenfeld, das schon bereit liegt zum vollstimmigen Faschingsstreifen. Der Januar leitet das Jahr mit den Neujahrstagen in den Rhythmus ein und bricht mit dem Dreikönigstag manderlicher alte Bräute in Erinnerung. Jahreszeitlich betrachtet soll der Januar, der auch Frostmonat oder Schneemonat genannt wird, — auch Dattung ist da und dort noch geläufig, — der kalteste Monat des ganzen Jahres sein, wo der Winter sein freies Regiment führt. Ein wertvolles Geschenk bringt uns der Januar, das überall freudig begrüßt wird: Das Tagesgeleit beginnt nämlich, wenn auch vorerst nur sehr langsam und ähnelnd, wieder empor zu steigen und die Tageslänge nimmt im Januar um eine gute Stunde zu. Von den 31 Tagen des Monats sind in diesem Jahre sechs Sonn- und Feiertage. Der Dreikönigstag fällt auf Dienstag, 6. Januar, und beschließt die Weihnachtszeit.

Angestellte und die heutige Zeit

Lange Sorge erfüllt die Eltern, die für ihre Kinder das schwierige Problem der Berufswahl zu lösen haben. Kinder, die mit 14 und 15 Jahren der Schule entwachsen sind und einen Beruf ergreifen wollen, entscheiden der Reihe nach für einen bestimmten Beruf zu entscheiden und so ist die Berufswahl in erster Linie eine Angelegenheit der Eltern. Die Möglichkeiten der Berufswahl werden durch Faktoren wirtschaftlicher und finanzieller Art stark eingeschränkt und bleibt daher für die jungen Menschen der unteren Volksschichten nur noch ein kleines Betätigungsfeld übrig, im Gegensatz zu solchen Kindern, die der Zufall der Geburt zu reichen Nachkommen gemacht hat.

Viele sind es, die sich für den kaufmännischen Beruf entschieden haben. Hoffnungslos, zukunftslos, kaum die Schattenfäden dieses Lebens kennend, tritt der junge Mensch in die Lehre. Manatistisch in seinen Vorstellungen, sieht der kaufmännische Rekrute nur eine Spaltenleiter, deren oberste Stufen die Spätere bilden, nach der er zu kommen träumt, in ihr zu leben sein Ziel ist. Aber bald tritt die harte, nackte Wirklichkeit auch an ihn heran. Seine Vorstellungen, als Lehrling Rechte und Pflichten zu haben, seine persönlichen Fähigkeiten und Talente als solcher in die Wirklichkeit umsetzen zu können, ist enttäuscht. Die Berufswahl, die der Lehrling bei der Einstellung auf sich genommen und zu erfüllen versprochen hat, ist nur eine Umbüllung, ein Mantel, dessen der Lehrling bald entledigt wird. Der Lehrherr ist meistens in Wirklichkeit kein Lehrherr, er ist in erster Linie Geschäftsmann und das fast alles. Sein Gewissen plagt ihn nicht im geringsten,

wenn er bei Ablauf der Lehrzeit sein Versprechen gegenüber dem Lehrling nicht gehalten und seinen Verpflichtungen nicht Genüge getan hat. Der Prinzipal ist zufrieden, wenn sein privatwirtschaftliches Interesse auf die Rechnung kommt, warum denn auch anders; man macht es nun einmal allgemein so, diese Handlungsweise ist heute obligatorisch bei den Prinzipalen. Sie leben in ihrem Handeln nicht den Egoismus in höchster Potenz, nicht die Stuppelhaftigkeit der Vertrauensstellung gegenüber dem Schwächeren und nicht die Engherzigkeit und Engherzigkeit.

Dieses Tun und Handeln der heutigen Geschäftsleute bleibt auf den Lehrling und Handlungsgehilfen nicht ohne Einfluß. Er erkennt bald, was er im Geschäft notwendig ist. Er weiß bald, wie der Begriff Handlungslehrling zu verstehen ist und sieht auch aus der Handlungsweise des Geschäftsherrn seine Konsequenzen. Wenn es mit der Lehre zu Ende geht, und der Lehrling immer teurer wird, erweist sich seine Existenz für das Geschäft zu teuer und er wird abgelehnt, wie ein Gegenstand, wie die Ware, mit der der Geschäftsmann seine Geschäfte macht. Hat die Technik wieder ein neues Produkt ausgedrückt, das den Geschäftsbetrieb enorm vereinfacht, und die Rentabilität des Geschäftsbetriebs enorm erhöht, so abweist die Ratio, dieses Objekt anzuschaffen, unberücksichtigt der Tatsache, daß diese Rationalisierungsmethode zehn Angestellte überflüssig macht und vom Arbeitsprozeß ausschaltet. Man sieht daraus, daß der Lehrling und der Angestellte letzten Endes nichts anderes ist für den Geschäftsmann als eine Ware, die, wenn sie billig ist, eingekauft wird und wenn es die Rentabilität des Unternehmens erfordert, wieder verkauft wird. Die Menschen, um die es sich hier handelt, sind um ihre besten Hoffnungen betrogen. Sie hatten noch eine ungewisse Vorstellung von Standesbewußtsein, das schließlich vollends vernichtet wird. Sie haben die Hoffnungen in anderer Hinsicht und finden, daß es die jetzige Wirtschaftsordnung ist, die diese Mißstände geschaffen hat, diese zu beseitigen, sie sich als ihre höchste Aufgabe vornehmen. Diese Menschen treten ein in das große Heer der Proletarier, um in ihm für die Idee des Sozialismus mitzukämpfen, der sich die Befreiung der Arbeiterklasse und des gesamten Proletariats von den Mißständen der jetzigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf die Fahne geschrieben hat. E. G.

Jahreswende. Der Abschied vom alten und der Eintritt ins neue Jahr vollzog sich in der üblichen Weise. Es wurde viel Lärm und Spektakel verübt, geschossen, geungun und geschloß. Allerdings in weit gemäßigteren Mäßen wie es früher der Fall war. Der überragende Mehrzahl der Menschen fehlt die Stimmung zum Frohsinn. Sie wissen, das neue Jahr wird die Not und das Elend auch nicht so rasch beseitigen wie es notwendig wäre. Die Lokale der Stadt, die zum großen Teil Musikunterhaltung bieten, wiesien lange nicht die sonst übliche Belebung auf. Besser besucht waren die Konzert-Cafés. In der Festhalle veranstaltete der Musikverein „Harmonie“ das übliche Silvesterkonzert mit Ball. Das Orchester war wieder, wie immer, wenn die Harmonie sich hören läßt, in bester Verfassung, es brachte ein ausgezeichnetes Programm und dem Tanz wurde nachher von der Jugend eifrig zugehört. Tanzten ist ja eigentlich das billigste Vergnügen. Die Schierei mit Feuerwerkskörpern war wesentlich abgeschwächt. Der Jahreswechsel vollzog sich alles in allem in sehr stark gedämpfter Weise.

Dienstabschied. Der seit dem Frühjahr 1905 als Bibliotheksbeamter bei der Bad. Gewerbebehörde des Badischen Landesgewerbesamtes Karlsruhe amtierende Regierungsrat Lohr schied nach verdienstvollem Wirken durch Erreichung des Pensionierungsalters am 1. Januar 1931 aus seinem Dienst aus. Lohr, welcher dem Gewerbedienst entstammt, hat nach vorausgegangenen Vorbereitungen seines Vorgängers, des jetzigen Gewerbedirektors Schubmacher, Freiburg, als wertvolle und wichtigste Sonderleistung auf seinem Posten die Neubearbeitung des Gesamtkatalogs der umfangreichen Bibliothek nach dem Schlagwortsystem durchgeführt was als gemeinen Anknack gefunden und sich bestens bewährt hat. Außerdem machte sich Lohr auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens für das Handwerk einen Namen und erwarb sich große Verdienste durch Vorträge, Raterteilung und Gründung von über 100 Handwerker-genossenschaften, die größtenteils noch heute bestehen. Im Kreise seiner ihn schätzenden Mitarbeiter, der Beamten und Angestellten des Landesgewerbesamtes, feierte dessen Direktor, Oberregierungsrat Bucerius, dem scheidenden Bibliotheksbeamten an seinem letzten Diensttage in anerkennenden Worten und sprach ihm mit den besten Wünschen für die Zukunft den Dank für seine pflichttreue Arbeit aus, die insbesondere durch sein Entgegenkommen namentlich auch seitens der Benutzer der Gewerbedirektion stets gewürdigt wurde.

25jähriges Dienstjubiläum. Der städtische Amtsassistent Otto Fischer, wohnhaft im Stadteil Ruppurr, konnte am 30. Dezember auf eine 25jährige Dienstzeit zurückblicken. 24 Jahre davon hat er im Dienste der Stadt Karlsruhe zugebracht und ein Jahr vorher im Dienste der Gemeinde Ruppurr, wo er als Polizeibeamter angestellt war. In dieser langen Zeit hat sich Fischer durch große Treue, Pflichterfüllung und Hingebung an seine Dienstverpflichtungen ausgezeichnet. Der Vorstand der Stadtkasse, Verwaltungsdirektor Lohr, gedachte dieser guten Führung des Jubilars in einer kurzen Ansprache, die er im Kreise der Beamten der städtischen Botenmeisterei hielt, und sprach dem Jubililar im Namen der Stadtverwaltung und seiner Dienststelle den gebührenden Dank hierfür aus. Eine besondere Ehrung bereitete dem Jubililar ein Glückwunschschreiben des Oberbürgermeisters mit einer Ehrennadel. Die Kollegen Fischers brachten ihm unter Ueberreichung sinniger Geschenke mit warmen Worten gleichfalls ihre Glückwünsche dar.

Einbruchsvorfall im Jumeleergeschäft. Am Neujahrabend gegen 1/8 Uhr wurde das Ueberfallkommando nach dem in der Waldstraße neben dem Kaffee Museum gelegenen Bijouteriegeschäft gerufen, da die in dem Hause befindlichen Leute Wohnvernehmungen machten, die darauf schließen ließen, daß in den Laden- und Lagerräumen fremde Personen eingedrungen waren mit der Absicht, das Geschäft auszuräumen. Die sofort erschienenen Beamten in Begleitung eines Polizeibundes riegelten sofort alle Zugänge des Gebäudes und der in der Kaiserpassage gelegenen Hüter ab, ohne des oder der Täter habhaft zu werden. Wahrscheinlich hatten die Diebe von dem Veranlassen der Polizei noch rechtzeitig Kenntnis erhalten und sind dann in der Richtung Akademiestraße geflüchtet.

Volkshöhle. Mit dem Kalenderjahr beginnt auch die Volkshöhle ein neues, ihr 12. Spieljahr. Trotz der schweren wirtschaftlichen Lage hat sie auch im abgelaufenen Jahre einen erneuten starken Aufschwung genommen und einen Höchststand von rund 4500 Mitgliedern erreicht. Diese Tatsache beweist, wie groß nach den breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung der Hunger nach den Kulturwerten ist, die uns die Schaubühne vermittelt, wie unentbehrlich für viele die Stunden der Erholung und Erhebung, der Bildung und Erheiterung geworden sind, die ihnen das Theater durch die Volkshöhle bietet. In diesem Augenblick läßt die Volkshöhle erneut zum Beitritt ein (siehe Inserat), der am allernächsten fest beschlossen wird, da der Verwaltungsbetrag sich auf die Vorstellungen eines ganzen Jahres verteilt. Die Volkshöhle bringt auch im kommenden Jahre ihren Mitgliedern wieder in

jedem Monat eine Vorstellung (8 Schauspiele, 3 Opern und eine Operette). Außerdem bietet sie ihren Mitgliedern zu ganz kleinen Preisen zu besuchen. Weiterhin bietet sie kostenlos Vorträge liefert das Monatsblatt mit Theaterzetteln frei und gewährt außerdem Vergünstigungen. Die Geschäftsstelle befindet sich Karlsruherstr. 9, part. Hier können Anmeldungen täglich von 17 bis 19 Uhr (Samstag nur 11 bis 13 Uhr) erfolgen werden. Auch die Vertrauensleute in den Betrieben nehmen die Anmeldungen entgegen und geben nähere Auskunft. Mitglieder der Volkshöhle können Arbeiter, Angestellte, untere und mittlere Beamte, sowie Personen werden, die diesen Berufsstatus wirtschaftlich gleichgestellt sind.

Lichtspielhäuser

„Wiener Herzen“ im Union-Theater. Mit dem Neujahrstage ist auch im Union-Theater die leichte Muse eingezogen. Nachdem 14 Tage der Film „Der König von St. Bartholomä“ neue Freunde dem stummen Film zugeführt hat, bringt die Direktion in diesem Programm einen Film aus der jüngeren und klangvollen Stadt Wien. Das Wien der Vorkriegszeit erfährt vor unseren Augen; Musik, Gesang und Tanz die Hauptdomäne des leichten Wiens ist vorübergehend. Dieser Film, in dessen Hauptrollen Hilfen Ellis und Werner Büttere beschäftigt sind, wird durch eine entscheidende musikalische Illustration untermauert, jedoch jeder Besucher des Union-Theaters bei den einnehmenden Klängen der verschiedenen Wiener Walzer-Melodien bestimmt den Vorzug mit nach Hause nimmt, recht bald dieses klangvolle, klangvolle, wassertränende Wien mit eigenen Augen sehen und hören zu können. Zugewandte haben zu diesem Film Zutritt. Es empfiehlt sich die Nachmittagsvorstellungen zu besuchen.

Der neue Janningsfilm „Liebling der Götter“

Wahrscheinlich wie das Leben des großen Sängers ist der Schauspieler seiner Tätigkeit, der Schauspieler des Films; Wien, die Metropole der Musik, Wien, die Stadt des Walzers, des Feurigen und der lieben Mädels, dann als wundervoller Gegenpart das glotzende Südamerika — Buenos-Aires —, das gelobte Land und doch die große Gefahr für europäische Sänger, und schließlich das schöne Salzammergut mit seinen Bergen und Seen und einem der schönsten Mädchen der Welt, dem lieblichen St. Wolfgang. — Eine Fülle wirkungsvoller, härtester und großartiger Situationen, in welchen sich Jannings vorbildliche Potenzen ausleben kann. Jannings kann alle Reize seiner weichen mimischen Seele abgeben und sein überaus mächtiger Humor elektrifiziert. — Weiter, wie die große Linie des Films, sind die Kompositionen, die diesem Werk beigezeichnet worden sind. Das befehlende Stimmungsbild, „Ich bin ja so vergnügt“ sieht sich als Leitmotiv durch die Handlung. Die große Melodie wird im Fu erobert und in jedem Herzen ein Echo finden. — Der heiteren musikalischen Note dieses Films stehen die vollendeten Operndarstellungen aus „Otello“, „Pierrot“ und „Lohengrin“ gegenüber.

Neben Jannings ragen besonders Renate Müller, Olga Tschekowa, Hans Moler, Max Gildorff und Oskar Siller hervor. Ein ganz besonderer Höhepunkt ist der sieghafte Tenor des italienischen Opernsängers Carlo Signorini in der Rolle des Rivalen des Kammerjägers Winkelmann (Jannings), ein Künstler, der bei jedem Auftritt ebenfalls nachschaffigen Eindruck hinterlassen wird wie Marcel Wittich von der Berliner Staatsoper. — Hans Schwarz, einer der feinsten Regisseure, der seiner Zeit in Gemeinschaft mit Erich Kommer den ersten großen deutschen Tonfilm: Melodie des Herzens aus der Taufe gehoben hat, führt auch die Regie dieses Films, und fand seine Kunst in „Liebling der Götter“ ihren höchsten Ausdruck und größte Vollendung, unterstützt von einem Ensemble, das seinesgleichen nicht hat.

Lohengrin

Von Olga Tschekowa

„Lohengrin“ und ich waren befreundet. Eigentlich ist diese Freundschaft selbstverständlich, waren wir doch Kollegen. Er spielte den Liebling und ich die Liebende. Im „Liebling der Götter“, dem neuen Ufa-Film der Erich Kommer-Produktion, ist Emil bekanntlich ein berühmter Tenor, derbetriet und doch unheimlich von Frauen. Renate Müller ist seine Frau, und ich eine von seinen Verehrerinnen. Doch ich wollte von „Lohengrin“ und unserer Freundschaft erzählen. Neben Morgen vor der Aufnahme fragt er an meiner Tür: ein kleiner nimmlicher Borer. Draußen in den Tonfilm-Ateliers late er sich auf das Sofa, schaute an, wie ich mich schminnte, bei dem ein Stückchen Sundenbogen und trat dann mit mir gleichzeitig um 8.30 Uhr die Arbeit an. Er war ein Artist, der schon in vielen großen Varietes aufgetreten ist, konnte in der Luft nach seinem eigenen Schwanz schnappen und andere, durchaus nicht brotlose Künste — wenigstens für seinen Herrn.

Im Atelier war er sehr beliebt. Er durfte sogar auf dem Regie-Sessel von Hans Schwarz sein Mittagsgeschäft machen. Auf Verlangen setzte er auf Erheiterung des Meisters in kurzen Aufnahmepausen alle seine Kunststücke. Er war gar nicht eitel und spielte seine Rolle ausgezeichnet. Nur einmal hat er gearbeitet. Ich liebe noch, wie er mich traurig ansah, sich mitten in seiner Arbeit hinlegte und schlief. Das kam so. Ich hatte eine kleine Szene zu spielen. Emil Jannings gibt sich Mühe, ein Konzert in der Wiener Burg, bevor er nach Amerika geht. Seine Garage gleicht einem Kleinen-Blumenladen. Körbe über Körbe. Unter ihnen auch einige mit Schwänen. Emil Jannings stolzt von einer ledernen Wiener Wurst, ruft „Lohengrin“. Er soll von Berufs wegen den Rest der Wurst verlieren. Bei den Proben ging es ausgezeichnet. Bei der ersten Aufnahme heufelte „Lohengrin“ noch Appetit. Er baute inszwischen schon drei Würste fertig. Bei der zweiten Aufnahme aber faute er schon ziemlich mäkelig an der Wurst herum, und als Jannings bei der dritten Wiederholung wiederum „Lohengrin“ rief, schüttelte der Borer den Kopf, legte sich auf die Seite und schlief ein. „Lohengrin“ hatte von seiner Rolle genug. Warum sollte er auch nicht. Denn ergriffen war er zu satt, um zu spielen und zweitens hielt ja „Lohengrin“ nur im Film „Lohengrin“.

Warum soll ich klüger sein als die Menschen,“ wird er scherzhaft gedacht haben. Wenn ich arbeiten soll, dürfen sie mir nicht zu viel zu freieren geben.“ Und er schloß mit so gutem Gewissen, daß Hans Schwarz lächelnd zu Jannings sagte: „Emil, für alle Fälle werden wir die Szene mit dir noch einmal wiederholen, wie du die Wurst aus dem großen Deklamations-Korbe iinst und sie aufißt“, worauf Jannings in seiner sehr trockenen Art meinte: „Mit mir könnt ihr ja alles machen. Aber Schwarz, noch zwei Wiederholungen und ich lege mich zu „Lohengrin“. Seitdem wurde der obenliche Reheitsklus immer jo angeordnet: „Nach dieser Szene Wiener Würstchen à la Lohengrin!“

Voranstellungen

Freitag, 2. Januar: Coliseum: Kriminal-Ausstellungsbrevue: Der schwarze Diamant. 20 Uhr. Baden-Lichtspiele: Rosenmontag. Union-Theater: Wiener Herzen. Gloria-Palast: Alraune. Schauburg: Schumann warst du einst bei den Husaren. Musik-Lichtspiele: Wasser bei Balken. — Eins. zwei. drei. 10.30. Badische Lichtspiele: Der verzauberte Wald. — Nordlands Theater: Götter. 4.30 Uhr. Bad. Landes-Theater: Der Kaufmann von Venedig. 20 Uhr. Reibens-Lichtspiele: Liebling der Götter (Jannings).

